

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

21.8.1922 (No. 193)

Eine neue Hetz- u. Drohrede Poincarés.

Aber eine neue Hetz- und Drohrede Poincarés berichtet der Korrespondent der „Fest. Bl.“ aus Paris:

Die Aufnahme, die der unmittelbar nach dem Scheitern der Londoner Verhandlungen zuerst von deutscher Seite in die Debatte geworfene Gedanke einer direkten Aussprache zwischen Berlin und Paris in der französischen Öffentlichkeit gefunden hat, war mehr als ermutigend: Hochfinanz, Handel und Industrie, aber auch die breite Masse der Uninteressierten stimmten ihm rückhaltlos zu. Zweifel bestand nur — obwohl fast die gesamte Presse versichert zu können glaubte, daß die Idee einer endgültigen Vereinigung der Atmosphäre durch eine deutsch-französische Verständigung auf breiterer Grundlage bis in die maßgebendsten Kreise hinein Fuß gefaßt habe —, wie Herr Poincaré sich zu diesem Gedanken stellen würde. Herr Poincaré hat die Öffentlichkeit nicht lange im Zweifel darüber gelassen. Die Antwort, die er gestern in Triancourt gegeben hat, zeigt ihn in seiner ganzen Unberühmtheit, als einen Mann, der nur den Haß kennt und den, statt zu versuchen, über das Vergangene hinwegzukommen und durch eine Politik der Versöhnung eine bessere Zukunft vorzubereiten, seine einzige Aufgabe darin zu erblicken scheint, die Erinnerung an den Krieg und seine Schrecken wachzuhalten und so den Haß und die Feindschaft stets von neuem zu schüren. Es ist charakteristisch für Poincaré, daß es, wenn er in parlamentarischen Zeiten das Bedürfnis zu einem Appell an die Öffentlichkeit empfindet, stets die Einweihung eines Kriegerdemals oder eine Zeremonie ähnlicher Art ist, die ihm dazu den äußersten Anlaß geben muß. Die Rede, die er heute in Triancourt, einem kleinen Städtchen des Departements Meuse, das ihn in den Generalrat geschickt hat, anlässlich der Enthüllung eines Monuments zur Erinnerung an die kurze Besetzung der Stadt durch die Deutschen gehalten hat, läßt jedenfalls keinen Zweifel, daß Herr Poincaré von Versöhnung und Verständigung noch ebensoweit entfernt ist wie im Jahre 1914. Er hat von dem „feigen Nord“ gesprochen, der von den deutschen Armeen an unschuldigen Bürgern begangen und von deutschen Offizieren mit der Phrase entschuldigt worden sei, es sei nun einmal Krieg.

„Das war nicht mehr Krieg — so fuhr Herr Poincaré fort —, das war organisiertes Barbarentum, das war die offizielle Ermächtigung zu gemeinen Verbrechen! Sie, die Sie Zeugen dieser Schrecken gewesen sind, die Sie unter den Augen der Deutschen Ihre Frauen, Kinder, Eltern und Freunde haben fallen sehen, Sie werden es sicherlich nicht begreifen, daß es in der Welt Leute gibt, die so verblendet sind, daß sie fordern, man soll die Urheber dieser Verbrechen ungestraft lassen und Deutschland die Entschädigung erlassen, die es den Familien dieser Märtyrer schuldet. Bevor Deutschland sich im Jahre 1914 auf uns stürzte, war die Menschheit bemüht, die internationalen Konflikte durch die Annahme gewisser höchster Prinzipien, durch das Verbot gewisser Zerstörungsmittel und aller unnötigen Grausamkeiten weniger mörderisch zu machen. Das kaiserliche Deutschland aber hat sich geweigert, sich diesen Regeln, die dazu bestimmt waren, systematische Verwüstungen und unnütze Massaker zu verhindern, zu unterwerfen, und während der ganzen Dauer des Krieges hat die deutsche Armee die Gesetze mißachtet, die von allen zivilisierten Nationen längst anerkannt worden waren. Mißhandlung der Zivilbevölkerung, Mord, Plünderung, Brandstiftung, Verschleppung wehrloser Städte, giftige Gase — all das wurde von Deutschland angewandt, das durch das Mittel des brutalen Schreckens den Sieg zu erringen suchte, den es auf den Schlachtfeldern nicht zu gewinnen vermochte. Es kann uns nicht genügen, daß seit der Niederlage einige Deutsche zögernd begonnen haben, diese Methoden der Kriegführung zu mißbilligen: Zur Zeit, da sie angewandt wurde, wurden sie von allen Deutschen gebildet und gebilligt. Alle Deutschen sind mitschuldig an der Plünderung und Brandstiftung unserer verwüsteten Provinzen; alle sind deshalb in gleichem Maße verpflichtet, die Schäden, die sie angerichtet haben, wieder gutzumachen, Frankreich wird diese Reparationen zu erzwingen wissen!“

Hoffentlich öffnet diese neue Hetz- und Drohrede aus dem Munde des Mannes, der allen Ablehnungsversuchen zum Trotz vor der Geschichte als einer der Hauptschuldigen am Weltkrieg dasteht, nämlich den Kreisen des Auslandes, die bisher noch immer unter dem Einfluß der französischen Propaganda stehen, die Augen über die wahre Gesinnung des verantwortlichen Leiters der französischen Politik.

Französische Blätterstimmen zur Lage.

Aus Paris berichtet das „Midi“:

Nachdem bereits seit einiger Zeit die „Journée Industrielle“ auf die Notwendigkeit hingewiesen hatte, mit Hilfe direkter deutsch-französischer Verhandlungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu regeln, wurde das Thema gestern von fast der gesamten Morgenpresse aufgenommen. — „Libre Parole“ erklärt: Wir haben Kohle, ihr habt Erze, in das Kali teilen wir uns. Verbinden wir unsere Arbeit und wir können die ganze Welt befriedigen.

„Gaulois“ hält es für möglich, daß noch vor einer Regelung durch die Reparationskommission zwischen Berlin und Paris unmittelbare Verhandlungen aufgenommen werden.

„Figaro“ schreibt: Eine neue Wendung der französischen Politik gegenüber Deutschland zeichnet sich in klaren Umrissen ab. Die öffentliche Meinung ist von dem einen bis zu dem anderen Ende darauf vorbereitet.

„Lanterne“ führt aus: Warum sollte man nicht eine Geschäftspolitik zwischen Frankreich und Deutschland in die Wege leiten können.

„Deux“ schreibt: Es bleibt uns keine andere Wahl, wir müssen versuchen, uns direkt mit Deutschland zu verständigen.

Abschluß der neuen Verhandlungen mit Bayern.

Die Verhandlungen mit der bayerischen Delegation über die bayerischen Rückfragen bei der Reichsregierung sind gestern zu einem Abschluß gekommen. Die beiden Minister, Dr. Schwyer und Guertner, sind sofort nach München zurückgekehrt, um dem Ministerium über das Ergebnis der Besprechungen Bericht zu erstatten. Über den Inhalt der Besprechungen wird vorläufig noch Stillschweigen bewahrt, wenigstens solange, als der bayerische Minister dazu noch nicht Stellung genommen hat. An den gestrigen Verhandlungen nahmen auch der Reichsfinanzminister und Reichsinnenminister Dr. Müller teil.

Reichspräsident Ebert über die deutsche Wirtschaft.

In seiner Erwiderung auf die Begrüßungsansprache des Hamburger Bürgermeisters führte Reichspräsident Ebert u. a. aus:

„In dem Gedanken der deutschen Einheit, in der unsere Volksgemeinschaft fest umfaßenden Idee des Deutschen Reiches, liegen die Wurzeln nicht nur unserer kulturellen Bedeutung, sondern auch unserer wirtschaftlichen Kraft und die Möglichkeit einer freien Entfaltung. Diese Einheit des Reiches und auch künftig soll keine starre und gleichmachende Bedenken, sie soll beruhen auf untrennbarer Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme in ihrer vielgestaltigen Eigenart, auf verständnis-

voller Zusammenarbeit der Länder untereinander und mit dem Reich. Befehlt von diesem Geiste hat uns die Treue zum Reichsgedanken den Weg aus dem Chaos gezeigt, das der Krieg kulturell und wirtschaftlich zurückließ, hat sie uns Kraftquellen gelassen, die Deutschland wieder befähigen werden, seinen Anteil zu leisten an den Kulturaufgaben der Völker.

Hier in Hamburg, wo der Puls des Weltverkehrs fühlbarer als irgendwo in Deutschland ist, wird man verstehen, daß trotz alledem, was wir in den letzten Jahren erleben mußten, man die Hoffnung hegt, das Geseh der wirtschaftlichen Verbundenheit der Völker der Erde werde nicht zulassen, daß einem großen Volk sein Recht auf Dasein abgesprochen wird. Die wirtschaftliche Verknüpfung aller Glieder der Welt kann und darf es nicht dulden, daß ein Staat, der von seinen Volksgenossen das Höchste an Leistungen fordert, auf ein Mindestmaß wirtschaftlicher, politischer und persönlicher Freiheiten und Selbstbestimmung herabgedrückt wird. Die Veranstaltung Ihrer Überseewache beweist, daß Hamburg an seine großen Überlieferung anknüpft, um der Welt erneut fund zu tun, daß wir bereit sind, am schwersten Werte der Gestaltung der Weltwirtschaft mitzuarbeiten. Gerne gedenke ich an dieser Stelle auch der Auslandsdeutschen, dieser kräftigen Pioniere und Mittler deutscher Arbeit, die durch den Krieg und die Kriegsfolgen besonders schwer betroffen sind. Sie sind aufs neue unermüdlich am Werke, abgerissene Fäden wieder aufzunehmen und neu zu knüpfen. Daß diese unsere Volksgenossen wieder Herr werden mögen über alle Schwierigkeiten, die sie auf ihrem Wege finden, ist mein herzlichster Wunsch. Möge aber auch jeder Deutsche, der jetzt im Ausland wohnt, die Verpflichtung gegen sein Volk fühlen, durch seine Handlungen Zeugnis davon abzulegen, daß man Deutschland verleumdet, wenn man ihm das Recht auf Vertrauen beseitigt. Möge alle Deutschen im Auslande erkennen, daß es ihre vornehmste Pflicht ist, durch Wort und Tat ihrer schwer geprüften Nation zu dienen.

Wir sind ein Volk, das in harter Not um eine bessere Zukunft ringt, ein Volk, das nach den Entbehrungen des Krieges die Lasten kaum noch ertragen kann. An unserem Teil ist es, durch feste Ordnung unseres staatlichen Lebens und durch rastlose Arbeit wirtschaftlich die Grundlagen zu schaffen, auf denen wir sagen, der Bau muß gelingen, wenn draußen in der Welt über Haß und Gewalt endlich Menschlichkeit und Vernunft siegt. Injere eigenen Volksgenossen aber müssen erkennen, daß weder die Jagd nach Geld und Besitz noch der harte Kampf um Ungewisses die Erfüllung unseres Lebens heißt, sondern die Arbeit, das reiche Gut der mütterlichen Erde nutzen und zu verwerten. Das trübige Hamburg hat seine staatliche Unabhängigkeit im Kampfe der Jahrhunderte neu bewahrt, hat in der neuen Zeit nichts von seiner inneren Kraft, nichts von seinem Bogen und nichts von seiner freien Würde verloren. Deutschland freut sich dieses Geistes. Unerbittlich würde die Geschichte aufrechnen, wenn nicht alles geschähe, was nötig ist, um Hamburgs Entwicklung so sichergestellt, daß es seine große Aufgabe in aller Zukunft erfüllen kann. Hamburg, das sich als Bewahrer bürgerlichen Geistes durch die Jahrhunderte als Freistaat erhalten hat, kann erwarren, daß es als deutsches Land und auch nach seiner Bedeutung als eines der bedeutendsten Glieder des Reiches betrachtet werde.

So erwidere ich von Herzen den Gruß des Hamburger Senats und der Hamburger Bevölkerung mit Dank für die Einladung zur Eröffnung der Überseewache. Zugleich verknüpfe ich damit den Wunsch, daß es gelingen möge, Hamburgs Bedeutung als Mittlerin deutscher Arbeit, als Vertreterin deutschen Aufstiegs in der Welt und als Pflegstätte deutscher Vaterlandsliebe zu wahren und zu mehren, zum Wohle seiner Bürger, zum Segen unseres ganzen Vaterlandes.

Der Reichsisenbahnrat

beschäftigte sich in seiner 1. Sitzung nach der in der Presse bereits wiedererwachten Ansprache des vom Reichspräsidenten zum Vorsitzenden ernannten Staatssekretärs Stieker mit der Feststellung seiner Geschäftsordnung und den Wahlen des ständigen Ausschusses, der dringende Angelegenheiten zu erledigen und bedeutendere Gegenstände für das Plenum vorzubereiten hat. Die Zahl der Ausschussmitglieder, die in der Vorlage mit 12 angenommen war, wurde vom Reichsisenbahnrat auf 16 erhöht. Die Feststellung dieser Zahl durch den Reichsverkehrsminister ist zu erwarten.

Zu Mitgliedern des ständigen Ausschusses wurden gewählt:

a) aus Handel, Gewerbe, Industrie, Verkehr, Schifffahrt: Mitglied: Dr. Ing. Dr. rer. pol. Bendenberg, Geh. Baurat in Dortmund, Dr. Franz Ott, Generaldirektor in Köln, Geh. Hofrat in Regensburg, Dr. Julius Schindl, Fabrikant in Hamburg, Arnold, Geh. Kommerzienrat in Berlin, Berlin, Vorsitzender des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks in Hannover, Dr. Rudolf Jöppich, Fabrikant in Mergelstein (Wirttemberg), Gleisberg, Kommerzienrat, Großmühlensbesitzer in Grimma.

Stellvertreter: Dr. Ing. Silberberg Generaldirektor in Köln, Schmitz, Syndikus des Vereins zur Abtragung der Rhein-Schiffahrtinteressen in Duisburg, Max Berthold, Kommerzienrat in Nürnberg, Glette, A. G. vorm. Schudert & Co., Dr. Buslow, Präsident des Vereins Deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen in Berlin, Dr. Georg Wanaack, Kommerzienrat in Stettin, Dr. Finkenwirth, Syndikus der Handelskammer zu Hannover, Richard Lenel, Fabrikant in Mannheim, Forthmann, Generaldirektor des Kalisyndikats in Berlin-Lantow.

b) aus Land- und Forstwirtschaft: Mitglied: Graf v. d. Schulenburg, Fideikommißbesitzer in Günthel (Mark), Dr. Karl Müller, Generalsekretär der Landwirtschaftskammer in Bonn, Freiherr von Fettes, Gutsbesitzer in Mannheim, Post Regent, Vorsteher, Oberst a. D., Generalalltagsratsrat in Westum bei Landsberg (Ostpr.). — Stellvertreter: v. Alving, Rittergutsbesitzer in Breslau, Baehr, Ökonome in Norderholz bei Hildingen, Post Nidelsheim, Dr. Heinrich Keagenheiser, Generaldirektor des badischen Bauernvereins in Freiburg i. B., v. Dugo, Rittergutsbesitzer in Groß-Münzel.

c) Arbeitnehmers: Mitglieder: Louis Brunner, Berlin-Tempelhof, Hermann Rudolph, Reichsabteilungsleiter für Binnen-Schifffahrt im Deutschen Transportarbeiter-Verband, Berlin, Georg Wiffmann, Gewerkschaftssekretär in Bochum, Wilhelm Gutsche, Berlin. — Stellvertreter: Karl Kluth, Hamburg, Heinrich Wrotha in Nürnberg, Frig. Waig, Geschäftsführer in Breslau, Oswald Niebel, Berlin-Friedenau.

Einer Anregung des Geh. Hofrats Feld, die Vorlagen des Reichsisenbahnrats auch den Landesisenbahnräten zur vorherigen Prüfung zu überweisen, sagte Staatssekretär Stieker wohlwollende Prüfung zu, wobei er bemerkte, daß durch die Beratung der großen Verkehrsfragen in dem Landesisenbahnrat keinesfalls eine Verzögerung in der Beratung der Vorlagen durch den Reichsisenbahnrat eintreten dürfe.

Abgesehen von diesen Geschäftsordnungsfragen fand eine längere Aussprache über die Lage des Reichsbahnunternehmens und die Notwendigkeit von Tarifserhöhungen zwecks Anpassung an den gesunkenen Geldwert statt. Gegenüber einzelnen Stimmen, die in den schnellsten Tarifserhöhungen der Reichsbahn eine Gefährdung der Wirtschaft erblickten, wurde von namhaften Vertretern der Wirtschaft — insbesondere auch

aus Süddeutschland — anerkannt, daß die Tarifserhöhungen durchaus gerechtfertigt seien, und daß man, wenn man an das Reichsbahnunternehmen die Grundsätze der Privatwirtschaft anlege, auch gegen beschleunigt einsetzende Tarifserhöhungen keine Einwendungen machen könne. Es gehe nicht an, von dem Reichsbahnunternehmen höchste Wirtschaftlichkeit zu fordern, ihm aber die Möglichkeit eines schnellen Ausgleichs der Einnahmen mit den Ausgaben zu verjagen. Von einem Ausgleich wurde besonders hervorgehoben, daß sich die privaten Verkehrsunternehmen noch in weit schwierigerer Lage befänden als die Reichsbahn, weil sie, soweit sie in erster Linie dem Personenverkehr dienen, die Konkurrenz mit den niedrigen Personentarifen der Reichsbahn nicht mehr aufnehmen könnten. Es wurde von verschiedenen Seiten als ein großes Entgegenkommen des Reichsverkehrsministers bezeichnet, daß der Personenverkehr im vergangenen Sommer gegenüber der allgemeinen Preissteigerung zu sehr geschont worden sei. Einer von mehreren Mitgliedern gegebenen Anregung, in Zukunft vor der Entscheidung über plötzliche notwendig werdende praxentale Tarifserhöhungen den Ausschuß des Reichsisenbahnrats zu hören, sagte Staatssekretär Stieker Berücksichtigung zu; er betonte, daß die Verwaltung es nur begrüßen könne, wenn die Verantwortung für diese unumgänglich notwendigen, aber für die Wirtschaft schwierigen Entscheidungen von einem sachverständigen Gremium mitgetragen werden, zumal dadurch die Legende von den Diktaturgelüsten des Reichsverkehrsministers beseitigt werden würde.

Die noch auf der Tagesordnung stehende neue Tarifvorlage zum 1. 10. d. J. und Personenverkehrsfragen werden zunächst am 29. d. Mts. von dem ständigen Ausschuß des Reichsisenbahnrats behandelt, sodann am 30. vom Plenum beraten werden.

Der Staatsgerichtshof.

Die Mitglieder des Staatsgerichtshofes werden wahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche vom Reichspräsidenten ernannt werden. Auf der Vorschlagsliste für die Laienrichter befinden sich folgende Namen: Württembergischer Gesandter Karl Aldenbrand, Reichstagsabgeordneter Rudolf Wiesel, Verbandsvorsitzender M. d. R. Hermann Jädel, Schriftleiter Anton Erkelenz, Reichstagsabgeordneter Konstantin Fehrenbach, Universitätsprofessor Dr. von Galle. In dieser Zusammenfassung kann möglicherweise noch eine Änderung vorgenommen werden, da die Genannten noch nicht alle aufgefaßt haben. Sobald ihre Zusagen vorliegen, erfolgt die Ernennung durch den Reichspräsidenten.

Von der deutsch-ungarischen Ehrhardt-Mörder-Bank

Die Meldung, daß im Zusammenhang mit dem Vorgehen der Berliner politischen Polizei gegen die ungarische Freuhand-Aktiengesellschaft (der Ehrhardt-Bank) in München Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden, bekräftigt sich. Die Hausdurchsuchungen wurden, so heißt es in einer Mitternachtsmeldung, auf Ersuchen der Berliner Polizei von der Münchener Polizei bei den beiden Leitern des deutschen Konfortiums Hauptmann a. D. Ehrhardt v. Puffamer und Direktor Emil Schäfer durchgeführt. Es wurden verschiedene Schriftstücke beschlagnahmt, die erst gesichtet werden müssen. Das Ergebnis wird der Berliner Polizei sofort mitgeteilt werden. Direktor Schäfer, der auf die Nachricht von der Hausdurchsuchung von Berlin sofort nach München zurückgekehrt ist, berichtet in einer Mitteilung an die „Münchener Neuesten Nachrichten“, daß weder Puffamer noch er mit der Organisation C irgend etwas zu tun hätten. Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt sei um die Prozeduren angegangen worden, weil er als ein aufrechter Mann bekannt sei. Daß einer der Verber der ehemaligen Kadett Ernst v. Salomon gewesen sei, der vor einigen Tagen wegen Verdachts der Teilnahme an den Vorbereitungen zum Mathenau-Mord verhaftet worden ist, sei rein zufällig.

Der Direktor der Ehrhardt-Bank ist übrigens ein ganz besonderer Ehrenmann. Sein Name, Emil Otto Friedrich Schäfer aus Birnau in Bayern, geb. 9. Mai 1890, ist bereits in den Akten des Kriminalgerichts des Kantons Luzern (Schweiz) verewigt. Im Januar 1921 hatte die Staatsanwaltschaft in Luzern beantragt, „es sei Emil Schäfer schuldig zu befinden des fortgesetzten qualifizierten Betruges gem. §§ 221, 226a und § 227 A. St. B.“ und von daher zu bestrafen mit zwei Jahren Zuchthaus und 20 Jahren Landesverweisung.“ Schäfer wurden Inferatenscheinungen u. a. m. vorgeworfen. Das Gericht erkannte gegen Schäfer auf 1 Jahr Zuchthaus und 15 Jahren Landesverweisung bei sofortiger Verhaftung.

In der Urteilsbegründung vom 20. Januar 1921 heißt es u. a.: „Es ergibt sich also zur Genüge, daß hier getäuscht wurde, fraglich ist lediglich, ob wir es mit einem einfachen oder qualifizierten Betrüge zu tun haben. Unbedingt ist nur für das erstere Beweise vorhanden... Der Betrag geht weit über 600 Francs hinaus, was in Verbindung mit der wirklich schamlosen Ausbeutung nach einer geschärften Strafe ruft. Selbstredend darf die Landesverweisung nicht fehlen, denn Fremde, welche die Bürger der gaslichen Landes derart übervalteten, gehören fortgewiesen zu werden. Der Beklagte ist ein Mensch, wie solche dem heutigen Zeitalter das häßlichste Gebräde geben. Er kann den Erwerbserwerb nicht zügelnd und wird so zum eigentlichen Geuer, der sich mit einer Frechheit an die Leute macht, die ihn gleichigen sucht. Möge er diese Praktiken in seinem Lande probieren.“

Die Notlage Deutsch-Oesterreichs.

Aus Wien wird vom Sonntag gemeldet: Bundeskanzler Seipel und Finanzminister Segur sind heute abend in Begleitung des Gesandten Dr. Wilner nach Prag abgereist, wo Montag die Besprechung mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten und Minister des Äußeren Dr. Beneš stattfinden. — Mittwoch erfolgt in Berlin die Begegnung mit dem deutschen Reichskanzler Dr. Brüning. Mit Rücksicht auf die gerade im jetzigen Augenblick erhöhte Bedeutung der diplomatischen Geschäftsführung verbleibt Bundesminister für Äußeres, Dr. Grünberger, in Wien.

In Tirol, Vorarlberg und Salzburg haben Dienstag und Donnerstag neuerdings große Demonstrationen der Arbeiterschaft gegen die Teuerung in allen größeren Städten stattgefunden. Die Deputationen der Arbeiter begaben sich zu den Bezirkshauptleuten und überbrachten diesen folgende Forderungen:

1. Beschlagnahme aller in den Schaufenster mit Preistafeln nicht versehenen Waren,
 2. Verbot, die Waren nach Goldparität oder in fremden Valuta anzubieten,
 3. strengste Durchführung der Devisenordnung und der Verteilung der Valuta an einen Valutazuteilungsrat,
 4. Einstellung jeder Ausfuhrbewilligung für Obst, Meiereiprodukte, Fleisch und Brennholz.
- In Salzburg wurden die Forderungen der Arbeiter zum größten Teil erfüllt. Es wurde ein Komitee von Fachleuten